

Alternative für Deutschland Landkreis Meißen WAHLKREISKURIER

CHRISTIAN RECK

**FÜR UNSEREN LANDKREIS
MEISSEN IM BUNDESTAG**



Warum unsere Bauern kämpfen – und warum sie damit recht haben.

Steigende Kosten, sinkende Erzeugerpreise und wachsender Importdruck setzen unsere Bauern unter Druck. Spätestens seit dem Mercosur-Abkommen drohen unfairer Wettbewerb und Billigimporte aus Übersee. | S2



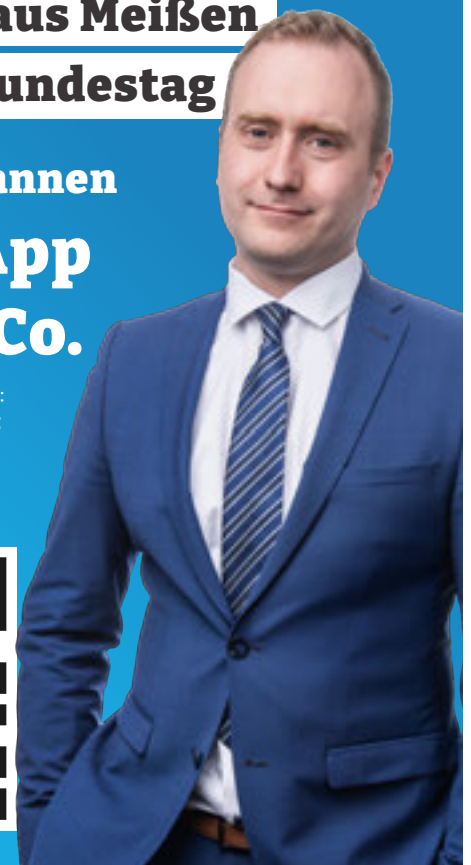
Jagd statt Ideologie – warum auch der Wolf kein Tabu sein darf

Invasive Arten und steigender Wolfsdruck bringen Natur und Landwirtschaft aus dem Gleichgewicht. Verantwortungsvoller Arten- und Tierschutz braucht klare Regeln. Der Jagd kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. | S7

**Alle Infos aus Meißen
und dem Bundestag**

**QR-Code scannen
WhatsApp
Insta & Co.**

* Oder ganz klassisch – alte Schule:
www.christian-reck.de/jetzt



Unsere Bauern brauchen Verlässlichkeit – nicht das politische Hin und Her

Deutschlands Landwirtschaft steckt mitten in einem Förderdickicht, das kaum noch jemand durchschaut. Die GAP, also die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, besteht aus einem ganzen Stapel von Säulen, Programmen und Öko-Regelungen, die sich im Laufe der Jahre immer weiter aufgebläht haben. Statt hier endlich Ordnung zu schaffen, sollen nun auch noch neue Vorgaben zu Biodiversitätsflächen und zusätzliche Auflagen für Weidetierhalter eingeführt werden.

Viele Weidetierhalter haben sich darauf eingestellt. Sie haben ihre Abläufe angepasst und mit diesen neuen Vorgaben gerechnet. Genau deshalb ist es fatal, dass die Regierung die Einführung nun plötzlich um ein Jahr verschiebt. Diese angebliche „Entlastung“ sorgt in Wahrheit dafür, dass sämtliche Planungen über den Haufen geworfen werden. Die Förderperiode läuft

bis 2027 – eine Verschiebung um ein einzelnes Jahr schafft kein bisschen Klarheit, sondern verlängert nur das Chaos. Am Ende stehen die Betriebe wieder vor derselben Frage: Gilt die neue Regelung dann im Jahr darauf? Oder wird erneut geschoben? Diese Politik von heute so, morgen so nimmt den Bauern jede Verlässlichkeit. Wer im Stall investiert oder Flächen bewirtschaftet, braucht einen langfristigen Rahmen – keinen politischen Zickzackkurs.

Ich halte es für dringend notwendig, endlich klare und stabile Bedingungen zu schaffen.

Unsere Landwirte brauchen Planungssicherheit und nachvollziehbare Regeln, keine kurzfristigen Hauruckaktionen. Darum lehne ich diesen Gesetzentwurf ab: Er löst kein Problem, sondern verschiebt es nur – und lässt die Bauern mit der Unsicherheit zurück.



Unsere Bauern und Fischer verdienen Respekt – nicht Armut und Bürokratie

Der Agrarhaushalt 2026 zeigt schonungslos, wie schlecht es um die Landwirtschaft steht. Wenn 60 Prozent des gesamten Etats allein in die soziale Absicherung fließen, wirkt das nach Unterstützung – tatsächlich ist es das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlpolitik.

Weil Zehntausende Höfe aufgegeben haben, trägt heute ein einzelner Beitragszahler die Last von drei Rentnern. Und was bleibt am Ende eines Arbeitslebens? Im Schnitt 514 Euro für den Landwirt und 308 Euro für den Ehepartner. Das ist und bleibt ein politisches Versagen.

Gleichzeitig steigen die Kosten, die Auflagen und der Konkurrenzdruck. Unsere

Bauern stehen unter massivem wirtschaftlichem Stress, und die Politik setzt weiter auf internationale Abkommen und Importe, statt die heimische Landwirtschaft zu stärken.

„Ich stehe klar an der Seite derjenigen, die dieses Land mit ihrer Arbeit am Laufen halten.“

Dasselbe gilt für unsere Fischer. Fangverbote, Schutzgebietsausweitungen und eine Bürokratie, die jeden Netzwurf überwacht, machen die traditionelle Fischerei in Deutschland kaum noch wirtschaftlich möglich. Und während

hier alles strenger wird, importieren wir Fisch aus Ländern mit niedrigeren Standards. Das ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Betrieb an unseren Küsten.

Statt Millionen in fragwürdige Projekte zu stecken oder Gelder ins Ausland umzuleiten, brauchen wir eine Politik, die unsere eigenen Betriebe entlastet. Landwirtschaft und Fischerei sind keine Randthemen – sie sind grundlegender Teil unserer Versorgungssicherheit. Ich will eine klare Wende: weniger Bürokratie, mehr wirtschaftliche Perspektive, echte Wertschätzung für Arbeit und Leistung. Nur so sichern wir Ernährung, Arbeitsplätze und die Zukunft unseres Landes.

MATERIAL ZUM THEMA

Mehr Wirkung für Bürgerinitiativen – gemeinsam stärker auftreten

Das Info-Faltblatt richtet sich gezielt an Bürgerinitiativen, die ihr Engagement vor Ort wirksamer machen wollen. Es zeigt nicht nur politische Standpunkte, sondern vor allem konkrete Möglichkeiten, wie Initiativen aktiv werden, Informationen nutzen und ihre Arbeit sinnvoll mit parlamentarischer Unterstützung verbinden können.

Dabei wird klar: Erfolg entsteht durch Zusammenarbeit und schlagkräftige Arbeitsteilung. Bürgerinitiativen handeln vor Ort, sammeln Fakten, bringen Einwendungen ein und schaffen Öffentlichkeit. Diese Arbeit wird politisch aufgegriffen und in kommunale Vertretungen und Parlamente getragen.

Besonders geeignet zum Weitergeben und Verteilen an engagierte Mitbürger. Selbstverständlich kostenlos erhältlich in Bürgerbüros, an Infoständen sowie bei Veranstaltungen der AfD im Landkreis Meißen.

Deutschland braucht eine Energiepolitik mit Verstand – nicht Bürokratie, Zwang und teuren Zufallsstrom

Die Energiepolitik in Deutschland entwickelt sich immer weiter zu einem Bürokratiemonster, das Unternehmen belastet und Bürger verunsichert. Der neue Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Strommarktregulierung zeigt das sehr deutlich. Unter dem Vorwand, europäische Vorgaben umzusetzen, wird ein ganzes Bündel neuer Vorschriften geschaffen: von Festprestarifen über zusätzliche Überwachungspflichten bis hin zur beschleunigten Pflicht zum Einbau von Smart Metern.

Smart Meter sind digitale Stromzähler, die den Energieverbrauch in Echtzeit erfassen und automatisch an Netzbetreiber oder Energieversorger übermitteln. Damit greifen sie technisch tiefer in den Alltag und – durch den verpflichtenden Einbau – auch in das Eigentum der Verbraucher ein. Genau diese Pflicht soll nun schneller und umfassender durchgesetzt werden. Ich lehne solche Zwangseinbauten ab.

würden die deutschen Regelungen teils sogar über das hinausgehen, was die EU überhaupt verlangt. Zusätzlich sollen Energieunternehmen verpflichtet werden, besondere Absicherungsstrategien gegen Strompreisschwankungen vorzuhalten.

Damit wird ihnen faktisch der schwarze Peter zugeschoben für eine Energiepolitik, die selbst die Ursachen dieser Schwankungen geschaffen hat. Denn das eigentliche Problem liegt tiefer: Deutschland setzt weiterhin überwiegend auf instabilen Strom aus Wind- und Solaranlagen. Diese Quellen liefern je nach Wetterlage mal zu viel, mal zu wenig Energie – und genau dieses Schwanken führen zu den Preisausschlägen an den Strombörsen. Anstatt die Stabilität der Energieversorgung zu sichern, sollen die Folgen einer politisch gewollten, instabilen Erzeugungsstruktur nun durch zusätzliche Auflagen kompensiert werden.

Es braucht endlich einen umfassenden energiepolitischen Neustart: Die einseitige Förderung von zufallsabhängigem Strom gehört beendet, das EEG muss abgeschafft werden, und Deutschland braucht wieder verlässliche, grundlastfähige und preisgünstige Energie durch moderne Kerntechnik. Nur damit lassen sich Wirtschaftskraft, Versorgungssicherheit und bezahlbare Strompreise garantieren.

Auch die Stellungnahmen von Fachleuten sprechen eine deutliche Sprache. Sie kritisieren, dass die Energiewirtschaft seit Jahren mit immer neuen Pflichten überzogen wird, die nicht dem Unternehmenserfolg dienen, sondern vor allem staatlichen Kontroll- und Monitoringwünschen. Es fehle der Wille, Bürokratie tatsächlich abzubauen, und stattdessen

Was Sie tun können:

- Verketten Sie sich mit uns.** Heiden Sie Ihre Bürgerinitiative - wir bringen Sie mit anderen Engagierten zusammen, stärken so die Bewegung und begleiten Ihre Aktionen aktiv und politisch.
- Teilen Sie Ihr Wissen.** Planungsunterlagen, Gutachten, Fotos, Erfahrungsberichte - Ihre gesammelten Informationen liefern uns die entscheidenden Argumente für die politische Auseinandersetzung.
- Schaffen Sie Aufmerksamkeit vor Ort.** Ob Flugblatt oder Infoband: Jede Aktion zeigt, dass der Widerstand lebt. Wir unterstützen Sie mit Material und Präsenz.
- Nutzen Sie juristische Mittel.** Reichen Sie Klagen ein, decken Sie mögliche Verfahrensfehler auf oder fichten Sie die Planung gegebenenfalls an - mit guter Vorbereitung haben Sie rechtlich Spielraum.
- Geben Sie uns politischen Rückhalt.** Mit Ihrer Stimme bei der Wahl stärken Sie unseren Einfluss - und Ihre Position in der politischen Debatte.
- Was da so krecht und fleucht.** Ob Fledermaus, Kröte, Schemel oder Flächenbiotop - was Sie vor Ort beobachten, kann den Bau stoppen. Ihre Fotos und Notizen helfen, Gutachten gezielt zu untermauern.
- Beteiligen Sie sich am Verfahren.** Nutzen Sie die Möglichkeit der Öffentlichkeitsbeteiligung. Jede Einwendung ist wichtig und trägt zur Entscheidung bei.
- Werden Sie vor Ort aktiv.** Von der Unterschriftensammlung über den Widerstandserreger bis zum Protest: Wir sorgen wir für Sie.

Was wir tun können:

- Wir machen Ihre Anliegen zum Thema in den Parlamenten.** Ob Kommunalvertretung, Landtag oder Bundestag - wir bringen Anträge ein, stellen kritische Fragen und schaffen Öffentlichkeit. Damit Ihre Interessen nicht übergehen werden.
- Wir bauen politischen Druck auf.** Wir halten der Regierung den Spiegel vor, blockieren ideologische Schnappspindeln und kämpfen für mehr Mitsprache für Betroffene in den Verfahrenen.
- Wir verstärken Ihren Protest.** Ihre Aktionen greifen wir auf - mit Pressearbeit, Material, Begleitung vor Ort und den politischen Bühnen, die uns zur Verfügung stehen.
- Wir bleiben auf Ihrer Seite - auch zwischen den Wahlen.** Als einzige Partei mit klarer Haltung setzen wir uns dauerhaft für windkraftfreie Zonen, Bürgerrechte und echten Naturschutz ein. Und halten Sie über neue Entwicklungen auf dem Laufenden.

Sichtbar Stellung beziehen!

Kostenloser Aufkleber gegen Windkraft und für den Erhalt unserer Landschaft und Natur.

Eine Partei, viele Möglichkeiten



Der Repräsentant - in Amt und Mandat

Ein Mandat ist mehr als ein Titel – es ist Verantwortung und Gestaltungsmacht in Vertretung aller Mitglieder. Ob im Vorstand, Parlament oder in einer kommunalen Vertretung: Wer ein Mandat übernimmt, verhandelt und repräsentiert unsere konkreten Positionen. Bereit für diesen Schritt?

Jedes Mandat zählt: Ob im Europa- oder Bundestag, im Landtag, Stadtrat, Kreis- oder Ortschaftsrat oder sogar als Landrat oder Bürgermeister. Entscheidend ist nicht die Größe, sondern ob Du bereit bist, Verantwortung zu tragen. Du machst das, was Du dir fachlich zutraust – und wächst daran.

Geeignet für alle, die Verantwortung übernehmen und Repräsentanten der Partei und ihrer Werte sein wollen.

Anonymität	★ ★ ★ ★ ★
Fachliche Eignung	★ ★ ★ ★ ★
Persönliche Eignung	★ ★ ★ ★ ★
Zeitaufwand	★ ★ ★ ★ ★
Flexibilität	★ ★ ★ ★ ★

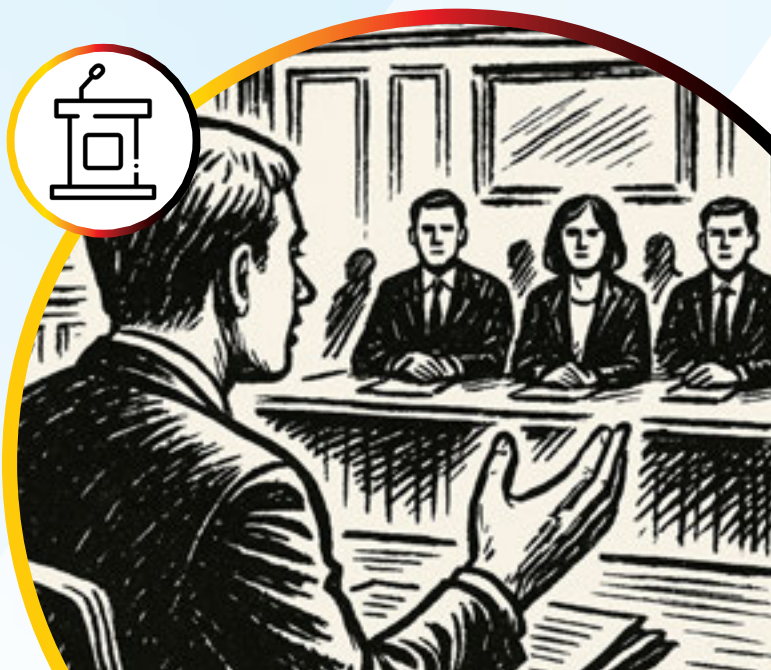
Der Aktivist - Haltung zeigen

Du willst nicht nur reden, sondern handeln? Bei Aktionen, Infoständen oder auf der Straße kannst Du Präsenz zeigen und Menschen direkt erreichen. Engagement braucht Sichtbarkeit – und Leute wie Dich.

Das kann vieles sein: kreative Straßenaktionen, außergewöhnliche Veranstaltungen, Gespräche am Infostand, Mitwirkung in thematischen Bürgerinitiativen oder gemeinsames Engagement bei Demonstrationen und Kundgebungen. Dein Gesicht steht für Haltung – und das zählt.

Geeignet für alle, die gerne auf Menschen zugehen, sich nicht so leicht provozieren lassen und programmischer klare Haltung zeigen.

Anonymität	★ ★ ★ ★ ★
Fachliche Eignung	★ ★ ★ ★ ★
Persönliche Eignung	★ ★ ★ ★ ★
Zeitaufwand	★ ★ ★ ★ ★
Flexibilität	★ ★ ★ ★ ★





Einfach den QR-Code scannen oder www.afd.de/mitglied-werden aufrufen und sofort Mitglied werden.

Der Hintermann - solide Basis

Du willst etwas bewegen, ohne im Rampenlicht zu stehen? Auch ohne Namen und Gesicht preiszugeben, kannst Du viel bewirken – durch gute Recherche, Organisation, Texterstellung oder stille Unterstützung. Deine Überzeugung zählt – nicht Deine Sichtbarkeit.

Konkret heißt das: Du kannst Veranstaltungen mitaufbauen und betreuen, Inhalte entwickeln, Medienkanäle pflegen, Plakate und Flyer verteilen oder Dich um Transport und Logistik kümmern. Ohne das läuft nichts – und macht uns in vielen Regionen sichtbarer als den Mitbewerber.

Geeignet für alle, die wirklich anpacken wollen, aber lieber aus privaten oder beruflichen Gründen im Hintergrund bleiben möchten.

Anonymität	★★★★★
Fachliche Eignung	★★★★★
Persönliche Eignung	★★★☆☆
Zeitaufwand	★★★★★
Flexibilität	★★★★★



Der Strategie - Richtung geben

Du hast Ideen, willst Verantwortung übernehmen und mitdenken? Dann bring Dich in die programmatische Arbeit ein. Entwickle neue Positionen, schärfe Inhalte und gestalte die Linie der Partei.

Mitwirken kannst Du zum Beispiel in: Bundesausschüssen, Landesfachausschüssen, der Programmkommission oder in kommunalen Arbeitsgruppen. Hier wird debattiert, formuliert und entschieden – der Maschinenraum der Partei, hier entsteht die fachliche Richtung.

Geeignet für alle, die gern mitdenken und sich, weitestgehend anonym, mit fundierten Fachkenntnissen einbringen oder Konzepte entwickeln wollen.

Anonymität	★★★☆☆
Fachliche Eignung	★★★★★
Persönliche Eignung	★★★☆☆
Zeitaufwand	★★★★★
Flexibilität	★★★★★



Mitmachen stärkt – Engagement braucht Verlässlichkeit

Flyer, Bierdeckel und Aufkleber gehören zur politischen Arbeit im Landkreis Meißen. Sie machen Themen sichtbar und bringen Gespräche in Gang – dort, wo sonst oft geschwiegen wird. Wirklich stark werden sie aber erst dann, wenn Menschen dahinterstehen, die bereit sind, sich vor Ort einzubringen.

Politik passiert nicht von allein. Infostände müssen besetzt, Material verteilt, Aktionen vorbereitet und Kontakte zu Vereinen und Initiativen gepflegt werden. Dafür braucht es Menschen aus unserem Landkreis, die nicht nur einmal helfen, sondern dranhängen. Mitglied zu werden heißt dabei nicht, sofort Verantwortungsposten zu übernehmen, sondern Teil einer Gemeinschaft zu sein, in der jeder das einbringt, was er kann und möchte.

Viele, die heute Flyer verteilen oder Gespräche führen, sind längst engagiert. Eine Mitgliedschaft bei der Alternative für Deutschland gibt diesem Einsatz Rückhalt, Struktur und mehr Gewicht – gerade hier vor Ort.

In vielen Gemeinden stehen wichtige Wahlen an, ebenso die Vorbereitung künftiger Kommunalwahlen. Um gehört zu werden, braucht es Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und aktiv mitzugestalten.

Wenn Sie mehr wollen als nur zuschauen: Machen Sie mit. **Engagement für unseren Landkreis beginnt mit dem eigenen Schritt.**

REGIONAL STÄRKER WERDEN! FLYER MIT MITGLIEDSANTRAG

Flyer und Aufkleber sind im gesamten Landkreis Meißen an gut sortierten Infoständen, bei Veranstaltungen und in Bürgerbüros erhältlich.

Informationsfahrt
Mit Christian Reck
in den Bundestag

KOSTENLOSE BPA FAHRT
MIT CHRISTIAN RECK
IN DEN BUNDESTAG

Ich lade interessierte Bürger aus dem Landkreis Meißen herzlich zu einer zweitägigen Informationsfahrt in den Deutschen Bundestag ein und ermögliche Einblicke in politische Abläufe und den parlamentarischen Alltag in Berlin.

Zum Programm gehören der Besuch des Bundestages, weitere politische und historische Stationen sowie ein persönliches Treffen. Die Fahrt findet in organisierter Gruppe statt und wird vollständig

gefördert (BPA=Bundespresseamt). Für die Teilnehmer entstehen keine Kosten. Die Zahl der Plätze ist begrenzt.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an das Wahlkreisbüro (Thomas Walther, Telefon **03523 7742418**) oder per E-Mail an **christian.reck.ma03@bundestag.de**. Alle weiteren Details wie Termine, Ablauf und Teilnahmevoraussetzungen werden anschließend persönlich abgestimmt.

Impressum

Herausgeber/Sponsor:
Christian Reck
Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreisvorsitzender der AfD Meißen

V. i. S. d. P.:
Christian Reck

Anschrift:
Dresdner Straße 7
01558 Großenhain

Kontakt:
Wahlkreisbüro Großenhain
Carona Köhler

E-Mail:
carona.koehler@christian-reck.de

Transparenzhinweis:
Diese Veröffentlichung wird von Christian Reck herausgegeben und finanziert.
Es handelt sich nicht um eine amtliche Veröffentlichung.

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH

Auflage:
60.000 Exemplare

Ausgabe:
01/2026

Fotonachweise:
Titelbild: Bundestag, pxhere, CCo

Urheberrechtshinweis:
Nachdrucke von Texten und Bildern, auch auszugsweise, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Herausgebers bzw. des jeweiligen Rechteinhabers.

Hinweis zu externen Inhalten:
Diese Veröffentlichung kann Verweise oder QR-Codes zu externen Internetseiten enthalten. Für deren Inhalte sind ausschließlich die jeweiligen Betreiber verantwortlich.

FLYER ZUM THEMA

Flyer 14 × 14 cm, kompatibel mit vielen Schussfängern. Der Gebrauch als Schießscheibe erfolgt auf eigene Verantwortung und nur bestimmungsgemäß mit Luftgewehren auf geeigneten Schießständen. Kein Spielzeug.

Warum die Nilgans ein Problem ist

- Invasiv:** Eingeschleppt vom Menschen - jetzt bundesweit außer Kontrolle.
- Aggressiv:** Greift Jogger, Kinder und Hunde an - besonders in der Brutzeit.
- Vertreibt andere Vögel:** Besetzt Brutplätze, jagt heimische Arten weg - auch Greifvögel.
- Tötet fremde Küken:** Zerstört Nester, wirft Eier heraus, greift Jungtiere an.
- Schadet der Natur:** Frisst Uferpflanzen und Auen kahl, zerstört ufernahe Lebensräume.
- Schadet der Landwirtschaft:** Frisst junge Triebe von Getreide, Raps, mindert Ertrag.
- Dreck und Keime:** Kot belastet Wasserqualität, Infektionsgefahr für Tier und Mensch.
- Leises Artensterben:** Wo sie dominiert, verschwinden heimische Vogelarten.

Was das Problem nicht löst

- Selbstjagd** oder Verletzung von Tieren.
- Füttern, „Pletten“** oder Umsetzen aus Mitleid und falsch verstandener Tierliebe.
- Wegsehen** und als „natürlich“ betrachten.
- Blockieren** von Maßnahmen aus verkäuflicher Ideologie und Unverständnis.

Was das Problem lösen kann

- Jagdlich regulieren:** Ganzjährige, gezielte und koordinierte regionale Flächenjagd.
- Hausen-Entnahme:** Fang oder Abschuss, wenn die Tiere flugunfähig sind.
- Belegmanagement:** Gelege fachgerecht unbrauchbar machen, Nachwuchs stoppen.
- Monitoring:** Bestände erfassen, Sightings melden, Maßnahmen anpassen.



„Ohne aktiven Artenschutz bleibt vom Tierschutz nur missverständene Tierliebe.“



www.christian-reck.de

Warum der Waschbär ein Problem ist

- Invasiv:** Vom Menschen eingeschleppt, vermehrt sich stark, heute außer Kontrolle.
- Keine Feinde:** Vermehrt sich schnell, kaum Regulierung durch natürliches Feinde.
- Passt sich schnell an:** Stadt, Dorf, Wald - intelligient, angriffslustig, fast überall.
- Krankheiten:** Trägt Parasiten und Keime, Gefahr für Mensch und Tier.
- Bedeutet Amphibien:** Frische, Kröten und Mäuse werden stark dezimiert.
- Frisst Jungtiere:** Eier, Küken und Nachwuchs heimischer Arten verschwinden.
- Schaden in Höhen:** Greift Geflügel an, frisst Moos und Obst, beschädigt Anbauflächen.
- Abwehr nötig:** Ohne keine Sicherung zerstört er Häuser, Dämmung, Dachbalden.

Was das Problem nicht löst

- Selbstjagd** oder Verletzung von Tieren.
- Füttern, „Pletten“** oder Umsetzen aus Mitleid und falsch verstandener Tierliebe.
- Wegsehen** und als „natürlich“ betrachten.
- Blockieren** von Maßnahmen aus verkäuflicher Ideologie und Unverständnis.

Was das Problem lösen kann

- Jagdlich regulieren:** Ganzjährige, gezielte und koordinierte Jagd - nicht nur punktuell.
- Fallenfang:** Fachgerechter Fang in Städten, an Höfen und Gewässern durch Berechtigte.
- Schwanzanzeln:** Finanzielle Anreize pro erlegtem Tier für konsequente Bejagung.
- Monitoring:** Bestände erfassen, Sightings melden, Maßnahmen anpassen.



„Ohne aktiven Artenschutz bleibt vom Tierschutz nur missverständene Tierliebe.“



www.christian-reck.de

Warum der Wolf zum Konflikt wird

- Reißt Nutztiere:** Schafe, Ziegen, Kühe und Geflügel werden getötet.
- Belastet Weidehalter:** Hohe Kosten, Aufwand und bürokratische Hürden.
- Lernt schnell:** Gewöhnt sich an Schutzmaßnahmen und umgeht diese.
- Schaden trotz Förderung:** Risse bleiben auch trotz geförderter Schutzprogramme.
- Schutz bremst Handeln:** Gezielte Entnahme von „Problemwölfen“ kaum möglich.
- Nähe zu Siedlungen:** Sightings in stark besiedelten Wohngebieten nehmen zu.
- Politisch aufgeladen:** Für viele unantastbar, sachlicher Umgang kaum möglich.
- Akzeptanz sinkt:** Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst durch verkäufte Ansichten.

Was das Problem nicht löst

- Selbstjagd** oder Verletzung von Tieren.
- Verharmlosen** von Schaden und einseitige Betrachtung der Gesamtlage.
- Ideologische Blockade** jeder Regulierung.
- Intransparenz:** Unklare Rissgutachten und fehlende Offenheit schaffen Misstrauen.

Was das Problem lösen kann

- Ins Jagdrecht aufnehmen:** Aufnahme des Wolfs ins reguläre Bundesjagdgesetz, damit klare Zuständigkeiten, feste Regeln und praktikable Entnahme möglich werden.
- Jagd als Werkzeug:** Regulierung statt Tabu.
- Geschulte Fachstellen:** Einheitliches, belastbares Monitoring mit transparenter Veröffentlichung aller Daten und Bewertungen.



„Schutz braucht Regeln - und Regeln brauchen echten Handlungsspielraum ohne Lagerdenken.“



www.christian-reck.de

Naturschutz braucht den Mut zum Eingreifen Warum Regulierung kein Tabu sein darf.

Nilgans, Waschbär und Wolf stehen auf den ersten Blick für sehr unterschiedliche Tiere. Doch sie verbindet ein gemeinsames Problem: Der Umgang mit ihnen ist weniger von ökologischer Vernunft geprägt als von Emotionen, Ideologie und politischer Vorsicht. Die Folgen tragen nicht abstrakte Debatten, sondern Lebensräume, heimische Arten und Menschen vor Ort.

Invasive Arten wie Nilgans und Waschbär breiten sich stark aus, verdrängen heimische Tiere, zerstören Brutplätze und verursachen Schäden in Landwirtschaft und Siedlungen. Beim Wolf ist die Lage anders, aber nicht weniger konfliktträchtig: Seine Rückkehr bringt reale Belastungen für Weidetierhalter mit sich, während notwendige Eingriffe oft rechtlich und politisch blockiert werden. In allen Fällen gilt: Nicht das Wissen fehlt, sondern der politische Wille zum Handeln.

Bejagung wird in diesen Debatten häufig moralisch diskreditiert. Dabei ist sie kein Selbstzweck und kein Ausdruck von Gewaltlust, sondern ein seit Jahrhunderten etabliertes Instrument des Naturschutzes. Regulierung bedeutet nicht „Tiere loswerden zu wollen“, sondern echte Verantwortung übernehmen: für den Erhalt der

Artenvielfalt, für funktionierende ökologische Systeme und für Menschen, die mit den Folgen politischer Untätigkeit leben müssen.

Wo Regulierung ausbleibt, wachsen die Probleme. Bestände steigen weiter, Schäden nehmen zu, Akzeptanz schwindet. Gleichzeitig wird Jagd zunehmend kriminalisiert – nicht wegen ihrer Wirkung, sondern wegen ihres Images. Diese paradoxe Entwicklung hilft weder dem Tierschutz noch dem Naturschutz oder der Akzeptanz.

Schießscheiben? Ja. Die Themenflyer sind bewusst provokant gestaltet und werden auf der Rückseite durch erklärenden Text eingeordnet. Nicht, um das Töten von Tieren zu verharmlosen, sondern um eine unbequeme Wahrheit sichtbar zu machen: Naturschutz bedeutet Eingreifen. Jeder Abschuss muss gut begründet, fachlich fundiert und rechtlich sauber sein.

„Verantwortungsvolle Jagd ist nicht das Gegenteil von Tierliebe, sondern ihr Rahmen.“

Genau dafür braucht es klare Regeln, transparente Verfahren und den Mut, Konflikte auszuhalten – statt Diskussionen durch Framing und Tabu im Keim zu ersticken.

Kommunalpolitik macht Macher! 8 Euro im Monat: Kleine Summe. Große Wirkung.

Kommunale Politik ändert sich ständig: Regeln, Verfahren, Förderlogiken, Zuständigkeiten. Wer mitreden will, muss dranbleiben. Wer neu oder professionell einsteigt, braucht Starthilfe und Rüstzeug.

Unsere Bildungsvereinigung sorgt dafür, dass Wissen verständlich bleibt, Engagement wirksam wird und das scharfe Schwert kommunalpolitischer Verantwortung regelmäßig geschärft wird – für Vereine, Initiativen und politische Gestalter in unseren Städten und Gemeinden.

Schon 8 Euro im Monat machen genau das möglich. Und sie wirken doppelt: Ihr Förderbeitrag fließt in Bildungsarbeit des KoBiVeSa e.V. und macht zusätzliche staatliche

Fördermittel nutzbar – Steuern, die sonst womöglich in fragwürdige Ideologieprojekte fließen.

Jetzt Fördermitglied werden und kommunal aufrüsten.
www.kommunalpolitik-sachsen.de



Förderverein
Kommunalpolitische
Bildung in Sachsen



35 Jahre Einheit: Ostdeutsche Erfahrungen ernst nehmen

Im Bundestag habe ich zum Bericht der Ostbeauftragten mit dem Titel „35 Jahre: Aufgewachsen in Einheit?“ Stellung genommen. Als sächsisches Kind der Nachwendezeit erkenne ich vieles wieder – aber eben auch das, was in diesem Bericht zu kurz kommt.

Das Wohlstandsversprechen der Nachwendejahre wurde für viele Familien im Osten nicht eingelöst. Was als gemeinsamer Aufbau gedacht war, wurde vielfach als einseitiger wirtschaftlicher Umbruch erlebt. Nach Jahrzehnten sozialistischer Miswirtschaft folgte oft kein behutsamer Neuanfang, sondern ein schneller Ausverkauf. Die Rolle der Treuhand hat bei vielen das Gefühl verstärkt, der Osten sei nicht aufgebaut, sondern in Teilen auch ausgeraubt worden.

Die Folgen sind bis heute sichtbar: niedrigere Einkommen, Unternehmenszentralen und gut bezahlte Führungspositionen überwiegend im Westen, während im Osten häufig nur Produktionsstandorte ohne echte Entscheidungsmacht verblieben. Diese Struktur macht ostdeutsche Regionen besonders anfällig für

wirtschaftliche Fehlentscheidungen. Das zeigt sich aktuell am Beispiel Zwickau. Die politisch forcierte Ausrichtung auf Elektromobilität hat dort hohe Risiken geschaffen – mit der Konsequenz, dass erneut ein ostdeutscher Standort unter Druck gerät. Solche Erfahrungen prägen das wirtschaftliche Bewusstsein vieler Menschen im Osten.

Der Bericht spricht von Skepsis der „Ossi“ gegenüber Institutionen. Diese Skepsis ist jedoch kein Demokratieproblem, sondern Ergebnis historischer Erfahrung. Ostdeutsche haben gelernt, ideologische Überhöhung und politische Scheinrealitäten zu durchschauen. Sie haben ein System überwunden, das auf Planwirtschaft, Mediengleichschaltung und einer abgeschotteten politischen Elite beruhte.

Diese Ost-Erfahrungen sind ein Gewinn für ganz Deutschland. Wenn wir 35 Jahre nach der Einheit wirklich endlich zusammenwachsen wollen, müssen ostdeutsche Lebensrealitäten ernst genommen werden – nicht relativiert, sondern gehört. Nur so entsteht Vertrauen und eine gemeinsame Zukunft für Ost und West.



**MEHR
STIMMUNG, ALS
PAPIER HERGIBT.**

YouTube @CHRISTIANRECKMDB

HALTUNG DIE KLEBEN BLEIBT

Eine kleine Auswahl unserer Aufkleber. Zu aktuellen Themen gibt es regelmäßig neue Motive. **In unseren Bürgerbüros, auf Veranstaltungen oder Infoständen vorbeischaun lohnt sich. Haltung zeigen auch!**

„Abschiebung mit Herz – Die Familie reist mit“

steht für klare Rückführungen: konsequent und vollständig. Wer kein Bleiberecht hat, soll das Land geordnet verlassen – nachvollziehbar, rechtssicher und ohne Sonderwege.



„Bye Bye Talahuhn“

Integration ist keine Option, sondern Voraussetzung. Wer Regeln und Werte ablehnt, muss Konsequenzen spüren. Die Ablehnung gesellschaftlicher Normen ist keine Jugendkultur, sondern ein Integrationsproblem.



„HANDS OFF! Missbrauch ist kein Badeunfall.“

Der Sommer kommt – und mit ihm ein bekanntes Problem. Übergriffe sind Straftaten und dürfen weder verharmlost noch relativiert werden. Augen auf und Zivilcourage zeigen.



„Frieden“

Dialog statt Eskalation! Wir brauchen eine Politik der Sicherheit und Stabilität, die dennoch mahnt: Frieden heißt nicht blinder Pazifismus, sondern echte Verantwortung übernehmen und klare Entscheidungen treffen.

